



ANPACKEN. BESSER MACHEN.

DAS REGIERUNGSPROGRAMM 2013–2018 | KOMPAKT





Stephan Weil

SPD-Landesvorsitzender,
Spitzenkandidat für das Amt
des Ministerpräsidenten

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

bei den Landtagswahlen am 20. Januar 2013 entscheiden Sie, welchen Weg unser Land gehen wird. Niedersachsen bietet großartige Chancen. Zusammen mit Ihnen möchte ich dafür sorgen, dass wir diese Chancen besser nutzen. Ich möchte das Land, seine Städte, Dörfer und Regionen fit für die Zukunft machen. Die Herausforderungen liegen klar vor uns: Wir brauchen eine bessere Bildungspolitik, gute Arbeit, bezahlbare Energie und viel mehr Familienfreundlichkeit in Niedersachsen.

Über diese und viele andere Themen haben wir das ganze Jahr 2012 sehr offen mit Vereinen, Verbänden, Organisationen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Als Ergebnis liegt nun unser Regierungsprogramm für 2013–2018 vor, das wir auf unserem Landesparteitag am 10. November 2012 einstimmig beschlossen haben. Wir sagen heute, was wir in

der Regierung tun und wir werden in der Regierung tun, was wir heute sagen. Unsere Ideen, Ziele und Vorstellungen für ein starkes und menschliches Niedersachsen finden Sie in dieser Kurzfassung | Kompakt. Die Langfassung des Regierungsprogramms steht unter www.entdecke-niedersachsen.de zur Verfügung.

Anpacken. Besser machen. Das ist unser Motto für eine neue Politik in Niedersachsen.

Herzliche Grüße
Ihr

Stephan Weil

INHALT

POLITIK UND REGIERUNG IM GESELLSCHAFTLICHEN DIALOG	4
DER BEVÖLKERUNGSWANDEL BRAUCHT STARKE REGIONEN	5
DAS LAND MUSS FAMILIENFREUNDLICHER WERDEN	6
BESSERE BILDUNG UND CHANCENGLEICHHEIT	6
JUGEND ERNST NEHMEN – SENIOREN MITNEHMEN	8
IMPULSE FÜR DEN WACHSTUMSKURS DER WIRTSCHAFT	8
»GUTE ARBEIT« STELLT DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT	9
SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT	10
SERIÖSE FINANZPOLITIK SICHERT SPIELRÄUME	11
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FÜR DEN RECHTSSTAAT	12
FÜR EINE POLITISCHE WILLKOMMENSKULTUR	13
ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR DIE ZUKUNFT	14
UMWELTSCHUTZ SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN	14

POLITIK UND REGIERUNG IM GESELLSCHAFTLICHEN DIALOG

Nach zehn Jahren CDU/FDP-Politik ist das Land im Stillstand erstarrt.

CDU/FDP haben an den Menschen vorbeiregiert.

Arroganz und Ausgrenzung, Klientelpolitik und Privilegierung sind die bestimmenden Merkmale der CDU/FDP-Landesregierung.

Niedersachsen braucht eine neue Politik und eine neue politische Kultur. Dafür kämpft die SPD auf der Grundlage ihres solidarischen Wertesystems. Sie wird das Land in sozialer Verantwortung und mit innovativer Kraft reformieren, gerechte Rahmenbedingungen und gleiche Chancen für alle schaffen und dabei keinen zurücklassen. Sozialdemokratische Politik wird dem Land eine neue Perspektive geben und den Menschen wieder Lust und Mut auf Zukunft machen.

Eine SPD-Landesregierung steht für den politischen Wechsel, aber auch für einen neuen Regierungsstil: im offenen Dialog mit allen Gruppen der Gesellschaft und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die SPD tritt mit neuem Denken dafür ein, dass der Staat wieder seine aktive, solidarische Rolle zurückgewinnt.

Die Auflösung alter Strukturen in der Lebens- und Arbeitswelt eröffnen der Gesellschaft und dem Gemeinwesen neue soziale und demokratische Gestaltungsspielräume. Die SPD wird mit ihrem Regierungshandeln diese Spielräume gemeinsam mit den Menschen nutzen. Regieren im 21. Jahrhundert, im Zeitalter von Datenvernetzung und Globalisierung, erfordert einen neuen gesellschaftlichen Dialog. Dazu will die SPD alle klugen Köpfe des Landes, alle Bürgerinnen und Bürger einladen. Dialog, Kooperation, Teilhabe und Mitbestimmung sind nötig, um das Land und die Gesellschaft neu zu gestalten.

Die SPD ist eine offene Partei, die sich mit Mut und Tatkraft den großen Aufgaben der Zukunftsgestaltung Niedersachsens stellt. Denn im europäischen Wettbewerb der Länder und Regionen muss Niedersachsen heute die Grundlagen für künftige Stärke legen. Und dabei menschlich bleiben.

DER BEVÖLKERUNGSWANDEL BRAUCHT STARKE REGIONEN

CDU/FDP haben seit fast einem Jahrzehnt die demografische Entwicklung verschlafen. Ihr »Handlungskonzept« ist unverbindlich, ohne Prioritäten und regionalen Bezug – und es lässt die Kommunen außen vor.

Mit der Abschaffung der Bezirksregierungen haben CDU/FDP die Regionen isoliert und auf sich allein gestellt.

Die SPD betrachtet den Bevölkerungswandel als wichtigstes Thema für die Zukunft des Landes. Sie wird dafür sorgen, dass keine Region durch sinkende Einwohnerzahlen und rasanten Altersanstieg sozial, kulturell und wirtschaftlich ins Abseits gerät.

Der gravierende Umschwung der Gesellschaft erfordert eine politische Steuerung. In einem neuen Ministerium für Europa, Regionale Entwicklung und Landwirtschaft wird die SPD den Strukturwandel in den Metropolen, Regionen und im ländlichen Raum begleiten und steuern. Als Anwälte der Regionen werden außerdem vier kompetente Beauftragte des Landes im Dialog mit den Verantwortlichen vor Ort dabei helfen, ein maßgeschneidertes Zukunftskonzept für jede Region zu entwickeln.

Eine SPD-Landesregierung sieht sich in der Pflicht, die Grundversorgung des ländlichen Raums in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten: Energie und Wasser, Abfallentsorgung

Weil unter Schwarz-Gelb die politischen Rahmenbedingungen nicht stimmen, hält Niedersachsen am bundesweiten IT-Markt nur einen Anteil von fünf Prozent.

und Mobilität durch öffentlichen Nahverkehr, Bildung, Kultur und medizinische Versorgung.

Dazu gehört auch ein flächendeckendes leistungsfähiges Datennetz. Ohne schnelles Internet sind heute weder die moderne Zivilgesellschaft noch ein innovatives Wirtschaftsleben denkbar.

DAS LAND MUSS FAMILIENFREUNDLICHER WERDEN

In keinem anderen Bundesland ist die Geburtenrate so stark gesunken wie in Niedersachsen.

Die Bilanz von CDU/FDP bei Betreuungsangeboten für Kinder ist verheerend.

Die SPD wird die Familien aus dem Abseits holen. In einer modernen Gesellschaft muss für junge Familien die Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf selbstverständlich sein. Deshalb wird die SPD das Angebot für die Kinderbetreuung in Kitas, Horten und Schulen flächendeckend verbessern.

Ein solches Konzept kommt auch den Bedürfnissen der niedersächsischen Wirtschaft entgegen, die schon heute gut qualifizierte Fachkräfte vermisst.

BESSERE BILDUNG UND CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE

Die verfehlte Bildungspolitik von CDU/FDP benachteiligt junge Menschen und bringt sie um ihre Chancen.

Bildung ist der gesellschaftliche Türöffner für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb will die SPD allen Kindern und Jugendlichen gleiche Startchancen bei der Bildung ermöglichen: Sie wird junge Menschen über alle soziale Schichten und regionale Unterschiede hinweg fördern, von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur Hochschule und der Ausbildung.

Schwarz-Gelb sind in Niedersachsen die politischen Farben der Bildungsarmut.

CDU/FDP haben Forschung und Lehre vernachlässigt. Niedersachsen bildet zu wenig Akademiker aus.

Jeder sechste Jugendliche schafft den Schritt von der Schule auf den Arbeitsmarkt nicht – Folge der Bildungspolitik von CDU/FDP.

Die SPD wird Inklusion und Integration für alle Bildungsschritte verbindlich festlegen.

Die SPD wird den Ausbau von Kitas und das Betreuungspersonal am tatsächlichen Bedarf ausrichten

Die SPD wird alle Schulen schrittweise zu Ganztagschulen umgestalten. Denn Ganztagsbetreuung verbessert die Bildungsmöglichkeiten. Die Lehrerausbildung wird per Gesetz an die veränderte Schulwirklichkeit angepasst.

Die SPD wird die elitären Studiengebühren abschaffen und die Hochschulen für alle öffnen. Kein junger Mensch darf aus Geldnot vom Studium ausgeschlossen werden.

Das wichtigste Ziel der SPD bei der Berufsbildung lautet »alle mitnehmen«: Alle Jugendlichen sollen qualifiziert ausgebildet werden. Wer im dualen Ausbildungssystem zunächst gescheitert ist, wird eine zweite Chance bekommen.

Kulturelle Bildung ist Teil der Allgemeinbildung. Darüber hinaus ist Informations- und Medienkompetenz schon für junge Menschen wichtig. Die SPD betrachtet dies als wichtige Aufgabe einer modernen Bildungspolitik, die bereits in der Schule ansetzen muss.

JUGEND ERNST NEHMEN – SENIOREN MITNEHMEN

Unter CDU/FDP vermissen junge Menschen demokratische Teilhabe und neue Formen der Mitbestimmung.

Junge Menschen müssen ernst genommen werden und altersgerecht an Entscheidungen teilhaben. Mit Beteiligungsmodellen wie Jugendbeiräten oder Jugendparlamenten wird die SPD ihnen ermöglichen, sich mit der kommunalen Demokratie auch praktisch auseinanderzusetzen. Außerdem wird die SPD das aktive Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Konservative Lebensmodelle vermitteln älteren Menschen vor allem die Aussicht auf Ruhestand und Schaukelstuhl.

Gesellschaftliche Teilhabe ist auch für die wachsende Gruppe der »jungen Alten« wichtig. Die SPD lädt die Seniorengeneration ein, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen, sich selbst zu verwirklichen und ehrenamtlich zu engagieren. Besonders in den ländlichen Regionen wird sie dabei auch mit neuen Mobilitätskonzepten Hilfestellung leisten.

IMPULSE FÜR DEN WACHSTUMSKURS DER WIRTSCHAFT

CDU/FDP haben es versäumt, einen gesellschaftlichen Dialog über Ziele und Rahmen einer innovativen Wirtschaftspolitik zu führen. Spätestens die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat die Illusion von selbstregulierenden Märkten zerstört.

Die SPD will die Zukunft der Unternehmen sichern und ihre Rolle in einer intelligenten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft fördern. Dabei setzt sie auf eine regional abgestimmte Wirtschafts- und Strukturpolitik. Ziel ist ein nachhaltiges, ökologisches und sozial ausgeglichenes Wirtschaftswachstum.

Erwerbsfähige gut qualifizieren, Innovationen fördern und Technologietransfer optimieren: Diese wirtschaftspolitischen Strategien der SPD-Politik

Eine geschlossene Mittelstandspolitik fehlt in der Wirtschaftsförderung von CDU/FDP ebenso wie eine Innovationsstrategie, um die Potenziale der niedersächsischen Wirtschaft zu erschließen.

stärken auch kleine Unternehmen, den Mittelstand und das Handwerk. Mit der Förderung von Zukunftsmärkten wie der Mobilitätswirtschaft, der maritimen und der Energiewirtschaft, der sozialen Gesundheits- und der Tourismuswirtschaft steuert die SPD diese Branchen auf Wachstumskurs.

Niedersachsen braucht als Logistikkreislauf gute Verkehrsinfrastrukturen. Die SPD wird für eine leistungsfähige Verkehrsanbindung der Regionen wie auch der Häfen sorgen.

Die SPD wird Niedersachsens Spitzenplatz als Agrarland Nr. 1 im Bund sichern. Sie wird Land- und Ernährungswirtschaft darin bestärken, im Einklang mit Tierschutz, Klima-, Umwelt- und Naturschutz hochwertige, gesunde Produkte erfolgreich zu vermarkten. Ein Förderschwerpunkt wird dabei der Ökolandbau sein.

Privatkonsum ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Die SPD wird die Stellung der Kunden durch einen intensiven Verbraucherschutz stärken.

»GUTE ARBEIT« STELLT DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT

Während der Regierungszeit von CDU/FDP sind entwürdigende Arbeitsverhältnisse, Lohndumping und Missbrauch von Leiharbeit zur Alltagsrealität geworden. Heute zeigt sich der Arbeitsmarkt tief gespalten, da andererseits qualifizierte

Die SPD stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik. Das Leitbild dafür heißt »Gute Arbeit«. Es geht von fairen Löhnen, sozialen Arbeitsbedingungen und gleichem Lohn für gleiche Arbeit aus. Leiharbeit muss

Arbeitskräfte gesucht und umworben werden.

reguliert und befristete Beschäftigung begrenzt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird bei der Wirtschaftsförderung nur Unternehmen berücksichtigen, deren Arbeitswirklichkeit diesem Leitbild entspricht. Die Einhaltung der Regeln von »Gute Arbeit« bei der öffentlichen Auftragsvergabe wird im Landesvergabegesetz verankert.

Die SPD will die Erwerbschancen aller Menschen fördern, die arbeiten können und wollen. Sie wird dafür sorgen, dass älteren Menschen die Teilnahme am Arbeitsleben in den Betrieben erleichtert wird.

SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT

Unter CDU/FDP hat sich die Armutsschere in Niedersachsen weiter geöffnet.

Es wurden keine ernsthaften Schritte zur Inklusion unternommen, obwohl eine UN-Konvention dies vorschreibt.

CDU/FDP hängen einem überkommenen Familienbild nach.

Die SPD wird die Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt des Landes wieder übernehmen. Sie wird Ernst machen mit einem inklusiven Niedersachsen, in dem Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam leben, lernen und arbeiten können. Sie wird das gesellschaftliche Leben mit einer modernen Familienpolitik bereichern, in der Frauen und Männer ein gleiches Recht auf Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe haben – im Beruf und im Privatleben, bei der Erziehung der Kinder und der Pflege der Angehörigen.

Der Wohnungsmarkt hat durch Bevorzugung von Eigentumsbildung eine besorgniserregende Schieflage erreicht.

Verbesserungen für Kinder müssen in Niedersachsen gegen den Widerstand von CDU/FDP durchgesetzt werden.

Pflegenotstand und der Marsch in die Billigpflege sind Resultate der CDU/FDP-Politik.

CDU/FDP wollen das Gesundheitsrisiko privatisieren und befördern damit die Zwei-Klassen-Medizin.

Eines der wichtigsten sozialpolitischen Anliegen der SPD ist die Versorgung aller Menschen mit bezahlbarem Wohnraum. Darauf und auf die soziale Stabilität der Wohnquartiere wird sie alle Förderinstrumente von Bund und Land konzentrieren.

Die SPD wird die Situation von Kindern in armen Familien durch Hilfsangebote von Netzwerken und Familienzentren verbessern. Auch Mehrgenerationenhäuser werden in dies Konzept einbezogen.

Politik für Senioren bedeutet auch Pflege in Würde, ohne Risiko und Altersarmut. Die SPD wird ambulante Versorgungsstrukturen fördern, damit auch pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt leben können.

Neue Wege wird die SPD gehen, um eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung in allen Landesteilen zu sichern. Konzentration und Kooperation bei medizinischen Leistungen sowie eine qualifizierte hausärztliche Betreuung sind dabei Eckpunkte moderner Gesundheitspolitik.

SERIÖSE FINANZPOLITIK SICHERT SPIELRÄUME

CDU/FDP sind die Schuldenkönige Niedersachsens. In ihrer Regierungszeit haben sie die Landesschulden um 50 Prozent auf die Rekordsumme von rund 60 Milliarden Euro erhöht.

Die SPD steht zu der Notwendigkeit, den Landeshaushalt zu konsolidieren und bis 2020 in der Landesverfassung eine Schuldenbremse zu verankern. Allerdings darf der notwendige Schuldenabbau nicht zur Zukunftsbremse

werden: Die erkennbaren Sparvolumina von jährlich 1,5 Milliarden Euro erfordern eine seriöse Vorbereitung mit der Festlegung auf einen realistischen Entschuldungspfad.

An die Stelle des Gießkannenprinzips wird die SPD eine Politik der Prioritäten setzen. Ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Zukunftspolitik wird dabei die Finanzierung von sozialen und demokratischen Grundlagen einer gerechten Gesellschaft sein. Dazu gehört auch, dass der Schuldenabbau des Landes nicht zu Lasten der niedersächsischen Kommunen geht.

Deshalb wird die SPD eine Erweiterung der Landeseinnahmen in Betracht ziehen.

GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FÜR DEN RECHTSSTAAT

Unter CDU/-FDP hat sich die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft. Das begünstigt rechtsextreme Strömungen.

Die SPD wird jede Form des politischen Rechtsextremismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sie betrachtet Chancengleichheit, soziale Absicherung und sichere Zukunftsperspektiven in der Gesellschaft als besten Schutz gegen rechtsextremistische Strömungen. Unverzichtbar sind dabei auch frühzeitige Demokratie-Erziehung und politische Aufklärung.

CDU/FDP haben die Integration von Kriminal- und Schutzpolizei bürokratisch verwässert.

Die niedersächsische Polizei ist Garant für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die SPD wird die Integration von Kriminal- und Schutzpolizei zur Bürgerpolizei weiter verfolgen. Dabei wird sie die

CDU/FDP entwerten mit dem Privatisierungsprojekt der JVA Bremervörde den hoheitlichen Auftrag der Justiz.

Entwicklungschancen im Polizeidienst gerechter gestalten und die Aufstiegschancen der Beamten verbessern.

Die unabhängige Justiz gehört zu den Grundpfeilern rechtstaatlicher Ordnung. Sie setzt wichtige Leitlinien für Entwicklung der Zivilgesellschaft. Die SPD lehnt alle Privatisierungspläne für die Justiz ab. Sie verfolgt stattdessen Synergieeffekte durch die Vereinigung von Gerichten zu Justizzentren.

FÜR EINE POLITISCHE WILLKOMMENSKULTUR

CDU/FDP haben die Integration vernachlässigt. Immer wieder tut sich die Koalition durch rigiden Umgang mit Flüchtlingen und ihren Familien hervor.

Die SPD wird eine herzliche Willkommenskultur für die hier lebenden Migrantinnen und Migranten sowie für neue Zuwanderer einführen. Integration und Weltoffenheit sind Voraussetzungen für den sozialen Frieden. Nicht zuletzt hilft die Zuwanderung von gut ausgebildeten Fachleuten der Wirtschaft, den gravierenden Mangel an Fachkräften abzubauen.

Die SPD will Kindern aus Migrantenfamilien den Zugang zu frühkindlicher Bildung erleichtern. Ihnen muss schon in jungen Jahren der Zugang zur deutschen Sprache erleichtert werden.

ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

CDU/FDP haben bis heute kein Konzept für den Atomausstieg und die Energiewende.

Mit dem fehlenden Konsens über den Energiemix der Zukunft fehlt auch die Entscheidung über den Netzausbau in Niedersachsen.

Die SPD wird Niedersachsen zum Schlüsselland der Energiewende machen. Windkraft, Solarenergie, Geothermie, Biomasse: Das unbegrenzte Wertschöpfungspotenzial der erneuerbaren Energien ermöglicht den Atomausstieg so, dass der Wirtschaftsstandort gestärkt wird und Energie zu sozialen Preisen bezahlbar bleibt. Deshalb wird die SPD der Energie- und Speichertechnologieforschung höchste Priorität verleihen.

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien müssen auch die Versorgungsnetze erweitert werden. Die SPD setzt beim nachhaltigen Infrastrukturausbau auf Transparenz. Dabei garantiert sie die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung.

UMWELTSCHUTZ SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN

Umweltpolitik und Klimaschutz sind für CDU/FDP Fremdworte. Niedersachsen ist Öko-Schlusslicht und hat als einziges Bundesland noch kein Programm zum Klimaschutz. Markenzeichen von CDU/FDP ist Naturschutz mit der Kettensäge.

Die SPD wird Lebensqualität und Wirtschaftskraft des Landes durch verantwortungsvollen Schutz von Umwelt, Klima und Natur sichern. In einem Masterplan Klimaschutz wird sie den Einsatz von erneuerbaren Energien sowie Zielmarken für Energie-Einsparung und Energieeffizienz festlegen.

Die SPD wird das Ökosystem mit einer nachhaltigen Umweltpolitik schützen. Sie wird der Wirtschaft Konzepte für innovativen Umweltschutz vorschlagen.



DAS TEAM WEIL

Die Mitglieder des Team Weil sind vorgesehen für folgende Ressorts – v.l.n.r.:
OLAF LIES, Arbeit, Wirtschaft und Verkehr; DR. GABRIELE ANDRETTA, Wissenschaft
und Kultur; BORIS PISTORIUS, Inneres und Sport; BIRGIT HONÉ, Europa, regionale
Entwicklung und Landwirtschaft; STEPHAN WEIL; FRAUKE HEILIGENSTADT, Kultus;
PETER-JÜRGEN SCHNEIDER, Finanzen; CORNELIA RUNDT, Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit; DETLEF TANKE, Umwelt, Energie und Klimaschutz; ANKE PÖRKSEN,
Justiz.

Foto: Insa Hagemann

**Mehr Informationen zum Team Weil unter:
www.entdecke-niedersachsen.de/team-weil**

WEITERE INFORMATIONEN:

www.entdecke-niedersachsen.de

www.spd-niedersachsen.de

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Niedersachsen

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Telefon 0511.1674212